UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 8. Mai 1998
15/1998

Helmut Kohl zur Einführung des EURO:

Eine historische Entscheidung für Deutschland und Europa

Im Mittelpunkt der Präsidiumssitzung der CDU am Montag, dem 4. Mai, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stand naturgemäß der Bericht von Bundeskanzler Hemut Kohl über die Brüsseler Ereignisse anläßlich der Einführung des EURO am 2. Mai. In einem zweiten Teil beschäftigte sich das Präsidium mit den weiteren Vorbereitungen zum 10. Bundesparteitag der CDU Deutschlands vom 17. bis 19. Mai in Bremen. Anschließend erklärte Bundeskanzler Hemut Kohl vor der Presse in Bonn:

„Die Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist hinsichtlich ihrer Konsequenzen für uns Deutsche wie auch für die Europäer die wichtigste und bedeutsamste Entscheidung seit der Wiedervereinigung, und es ist wahrscheinlich eine der bedeutendsten Entscheidungen des ganzen Jahrhunderts. Sie ist zugleich der wichtigste Meilenstein im europäischen Einigungsprozeß seit der Gründung der Montanunion 1951 und seit der Grün-

Fortsetzung auf Seite 4

Mit Zukunftsprogramm

Als Vorlage des Bundesvorstandes an den 10. Parteitag der CDU. Güner Teil

HEUTE AKTUELL

● **Bundesparteitag**
Motto: „Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert. Seite 4

● **Gewerkschaften**
DGB spart bei seinen Mitarbeitern und spendiert acht Millionen DM für rot-grüne Wahlkampfhilfe. Seite 7

● **Koalition**
CDU/CSU und FDP beschließen Gesetz zur Förderung von Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Seite 9

● **Konjunktur**
Der Aufschwung ist endlich am Arbeitsmarkt angekommen. Seite 10

● **Aufschwung**
Die Trendwende ist in Sicht: Neue Arbeitsplätze für Deutschland. Seite 11

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Neue Materialien zum Thema: Unser Aufschwung kommt. Seite 22

Kurz & gut

Hilfen für Arbeitslose werden verstärkt

Der Nationale Aktionsplan, der jetzt der EU-Kommission zugeleitet wird, ist Ausdruck einer Gesamtstrategie, die ein Bündel von Maßnahmen umfaßt. Ein Schwerpunkt im Zuständigkeitsbereich des Bundesarbeitsministeriums ist die Umsetzung der drei Leitlinien: 1. Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, 2. Verhütung und Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, 3. Übergang von passiven zu aktiven Maßnahmen.

Parteitag der Kommunikation

Der Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz war ein zukunftsweisendes Kommunikationsergebnis. Er begann mit vier Forenveranstaltungen, die auf große Resonanz auch bei Nichtmitgliedern gestoßen sind. Mit dieser neuartigen Parteikommunikation hat die CDU Maßstäbe für eine moderne und offene Parteiarbeit gesetzt.

Ausschluß der Scientologen rechtmäßig

Im Berufungsverfahren von drei Mitgliedern der Scientology Church gegen die CDU, die von Parteigerichten ausgeschlossen worden waren, hat das Oberlandesgericht Köln am 21. April den Ausschluß für berechtigt angesehen. Nach der Selbstdarstellung werde eine Einstellung erkennbar, die mit dem Grundsatz im CDU-Programm, soziale Gerechtigkeit habe sich insbesondere den Schwachen gegenüber zu bewahren, nicht vereinbar sei.

Aufschwung hat die neuen Bundesländer noch nicht erreicht

Generalsekretär Peter Hintze: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt läßt keine Rückschlüsse auf die Bundestagswahl zu. Offensichtlich ist die Wechselbereitschaft bei der Wahl in den neuen Ländern ein Vielfaches höher als in den alten Ländern. Der einsetzende Aufschwung, der im Westen Deutschlands bereits zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit führt, hat die neuen Länder noch nicht erreicht. So stand die Landtagswahl noch unter dem Eindruck wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Höppner trägt eindeutig die Verantwortung für den hohen Stimmenanteil der DVU. Höpper hat den Wählerwillen ignoriert, indem er seine Regierung auf die Linksradikalen abstützte.

CDU
DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE
NR. 15

"Gerhard Schröder hat zu fast allem schon mal ja und nein gesagt. Er ist ein Pragmatiker des Machterwerbs und -erhalts, ein begnadeter Verkäufer von Programmen, aber selbst programmatisch ein schwarzes Loch."

"Wirtschaftswoche" vom 24. 4.1998

Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir bleiben auf Kurs

Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt bedeutet für uns eine schwere Niederlage, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl nach einer Sitzung des Bundesvorstandes im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Zuvor war das Wahlergebnis eingehend diskutiert worden.

Zum Wahlausgang stellte der Kanzler fest, daß es der CDU nicht gelungen sei, die gewaltigen Anstrengungen, die wir zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern unternommen haben, den Wählern nahezubringen. Kohl erwähnte in diesem Zusammenhang seine eigenen Anstrengungen im Chemiedreieck Bitterfeld, für das er sich persönlich stark engagiert habe.

Obwohl Christoph Bergner und die Partei in Sachsen-Anhalt hervorragend gekämpft hätten, gäbe es noch einige organisatorische Schwächen im Landesverband, "die wir bis zur Bundestagswahl beseitigen müssen." Natürlich habe auch die Diskussion während der letzten Wochen der Union geschadet.

Helmut Kohl wies darauf hin, daß die hohen Erwartungen der Sozialdemokraten im Vorfeld nicht in Erfüllung gegangen seien. Der Schröder-Boom sei ausgeblieben. Ernst zu nehmen sei hingegen, daß den demokratischen Parteien die Zweidrittel-Mehrheit im Magdeburger Landtag verloren gegangen ist. Die hohe Zahl von DVU-Wählern gäbe schon zu denken, besonders die Tatsache, daß sich in erster Linie junge Leute für die DVU entschieden hätten.

Der Bundeskanzler warnte aber vor einer pauschalen Wählerbeschimpfung. Nicht jeder Wähler der DVU sei ein Rechtsradikaler. Die DVU habe mit gewaltigem finanziellen Aufwand und billigen Parolen Wahlkampf gemacht. Das sei bei den Erstwählern nicht ohne Wirkung geblieben. Diese Wähler müsse die Union mit klaren Zukunftsperspektiven zurückgewinnen. Daß Rot-Grün unterm Strich bei dieser Wahl schlecht abgeschnitten hat, zeige nach Auffassung des Kanzlers, daß die Grünen ihre ohnehin schwache Basis in den neuen Ländern nun gänzlich verloren hätten.

Revitalisierung der Innenstädte

Der Bundesfachausschuß "Strukturpolitik" hat sich in Quedlinburg mit den städtebaulichen Problemen insbesondere der neuen Bundesländer befaßt. Der Vorsitzende, der Landesvorsitzende der CDU Sachsen-Anhalts, Karl-Heinz Daehre, zog eine positive Zwischenbilanz in Sachsen-Anhalt. Vor allem der Bundesregierung sei es zu verdanken, daß nach sieben Jahren umfassender Förderung unsere Städte vor dem Verfall gerettet worden seien. Seit 1990 habe der Bund über eine Milliarde DM für die Stadterneuerung in Sachsen-Anhalt bereitgestellt.

Erfolgreiche Abrüstungspolitik

Die Bundesregierung erzielte 1997 in Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen große Erfolge. Mit der Unterzeichnung des internationalen Verbotsabkommens für Antipersonenminen am 3./4. Dezember 1997 werden diese Waffen international geächtet. Am 29. April 1997 trat das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) in Kraft. Deutschland ratifizierte das Übereinkommen, mit dem alle chemischen Waffen aus dem Verkehr gezogen werden, bereits als einer der ersten Staaten im August 1994.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit · Konrad-Adenauer Haus · 53113 Bonn
Mai 1998

Wolfgang Schäuble und Peter Hintze stellten vor: das Zukunftsprogramm der CDU

Der CDU-Bundesvorstand hat am letzten Donnerstag das Zukunftsprogramm als Vorlage an den 10. Parteitag der CDU Deutschlands vom 17.–19. Mai 1998 in Bremen einstimmig verabschiedet. Der Vorsitzende der Wahlprogramm-Kommission, Wolfgang Schäuble, und CDU-Generalsekretär Peter Hintze stellten die Vorlage am 6.5.1998 der Presse vor.

„Es ist zum einen unser Beitrag für das Regierungsprojekt der Union in den Jahren 1998 bis 2002, zum anderen aber auch eine Auseinandersetzung mit wichtigen Zukunftsentwicklungen und den politischen Konsequenzen, die wir daraus heute zu ziehen haben", sagte Peter Hintze.

Dem Programm wurde eine Präambel vorangestellt. Sie stelle einen klaren Bezug zum Grundsatzprogramm der CDU her und damit auch zur Konzeption der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Sie benenne das christliche Verständnis vom Menschen und das „Wissen um Gottes gute Schöpfung als Grundlage unserer Politik". Die CDU hebe sich mit einem optimistischen Zukunftsbild von ihren politischen Konkurrenten ab. Sie sei davon überzeugt, daß die Umsetzung und Ausführung dieses Programms den kommenden Generationen mehr Chancen eröffnen werde, als jede Generation zuvor hatte, sagte der Generalsekretär.

„Wir versuchen im ersten Teil dieses Programms", so Wolfgang Schäuble, „ein ehrliches Bild von der Welt zu malen, wie die Menschen sie empfinden, mit ihrer Faszination, ihren Chancen, aber auch mit den Ängsten, die durch die ungeheuren Veränderungen entstehen." Das Programm weiche der Kompliziertheit der Zusammenhänge nicht aus, es versuche, auf alle Veränderungen einzugehen und politische Antworten zu geben.

Die Grundentscheidung über die Programmatik des Wahlkampfes sei einvernehmlich getroffen worden. Es werde ein Wahlkampf der Ehrlichkeit und der Konkretisierung geführt. Die CDU werde nicht davor zurückschrecken, auch Anstrengendes und Unbequemes deutlich zu sagen. Im Gegensatz dazu habe die Opposition bisher nur blockiert und versucht, durch Unverbindlichkeiten einer inhaltlichen Auseinandersetzung auszuweichen.

Die Deutschen mit einem höheren Wohlstand als viele andere – auch europäische – Länder müßten begreifen, daß sie die Chancen der Veränderungen nur nutzen, wenn sie zum Wandel fähig seien. Wer verändern wolle, brauche Grundlage für Vertrauen und Stabilität. Die Union sei mit Helmut Kohl stärker als jede andere politische Kraft in Deutschland in der Lage, den Wandel zu gestalten und unser Land voranzubringen.

Den Wortlaut des Zukunftsprogramms der CDU finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe als Dokumentation.

Roman Herzog: Kein Bürger muß wegen des EURO Angst haben

Bundespräsident Roman Herzog erklärte am 4. Mai 1998 in der Villa Hammerschmidt in Bonn im Anschluß an eine Unterrichtung durch den Bundeskanzler über die Ergebnisse des Europäischen Rates von Brüssel u.a.:

Der Bundeskanzler hat mich soeben über das Ergebnis von Brüssel unterrichtet. Ich bin sehr zufrieden mit dem, was die Staats- und Regierungschefs dort am vergangenen Wochenende erreicht haben. Vor allem bin ich sehr befriedigt, daß es gelungen ist, das deutsche Interesse an einer sicheren und stabilen Währung durchzusetzen. Ich sage das bewußt auch im Hinblick auf jene Mitbürger, die sich Sorgen um den Verlust der D-Mark machen.

Fortsetzung von Seite 1

dung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957. Die Einführung einer gemeinsamen Währung wird das Leben von Millionen Europäern im kommenden Jahrhundert bestimmen. Der EURO bringt die Teilnehmerstaaten noch enger zusammen. Von der jetzt getroffenen Entscheidung hängt es wesentlich ab, ob künftige Generationen in Deutschland und Europa in Frieden und Freiheit, in sozialer Stabilität und auch in Wohlstand leben können.

Währungen, das hat die Geschichte oft genug gezeigt, sind nicht nur ein Zahlungsmittel, sondern auch ein Gradmesser für politische Stabilität. Wir haben deswegen die Stabilität der Währung immer wieder in den Vordergrund unserer Verhandlungen gestellt. Das hat zum Vertrag von Maastricht geführt und in der Folge zu der Entscheidung, Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank zu benennen. Ich möchte aber noch einmal nachdrücklich betonen, daß die Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vor allem im deutschen Interesse liegt. Jeder fünfte Arbeitsplatz bei uns in Deutschland hängt vom Export ab. Mehr als 40 Prozent unserer Ausfuhren gehen in die Länder, die jetzt der EURO-Zone beitreten werden."

Abschließend erläuterte der Bundeskanzler den Journalisten ausführlich die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs über die Zusammensetzung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Der erste Präsident der EZB wird der Niederländer Wim Duisenberg sein. Er ist für den vertraglich vorgesehenen Zeitraum von acht Jahren gewählt werden. Der Bundeskanzler bezeichnete ihn als den besten Mann. Er betonte, daß er „leidenschaftlich für seine Nominierung eingetreten sei„. Wim Duisenberg habe dann gegenüber den Staats- und Regierungschefs erklärt, daß er angesichts seines Alters (62) nicht für die volle Amtszeit zur Verfügung stehe, daß er aber so lange bleibe, bis die Übergangsregelung zur Einführung der Eurobanknoten und Münzen durchgesetzt sei. Duisenberg habe deutlich gemacht, daß er die Entscheidung über den Zeitpunkt seines Ausscheidens allein und frei bestimmen werde.

„Wir Deutschen haben gemeinsam mit anderen alles getan, um Wim Duisenberg als ersten Präsidenten der EZB durchzusetzen, sagte Helmut Kohl, weil er für uns in der sensiblen Anfangsphase ein Garant für Stabilität und Glaubwürdigkeit ist."

Motto des CDU-Bundesparteitages:

Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert

Generalsekretär Peter Hintze erklärte in der Pressekonferenz am 4. Mai im Konrad-Adenauer-Haus: Das Präsidium der CDU hat die Beschlüsse von Brüssel einstimmig begrüßt und hat dem Bundeskanzler für seinen herausragenden Beitrag zu diesem Jahrhundertwerk gedankt. Die CDU ist fest entschlossen, mit diesem Thema auch den Bundestagswahlkampf zu bestreiten und mit der Aussage, daß Bundeskanzler Helmut Kohl der beste politische Garant für die Stabilität dieser neuen Währung und für ihr gutes Gelingen ist.

Wir haben dann über den Bremer Parteitag gesprochen. Das Motto des Parteitages lautet: **Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert.** In diesem Motto ist ein Anspruch und ein Versprechen enthalten. Der Anspruch, die politische Führungsaufgabe in Deutschland, wenn sie vom Wähler und von der Wählerin bestätigt wird, weiter fortzuführen und das Versprechen, Sicherheit in der Zeitenwende zu geben, in den großen Umbrüchen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Eine politische Antwort zu geben auf die Fragen, die sich mit dem kommenden Jahrhundert und Jahrtausend stellen. All das verdichtet sich in dem Motto des Parteitages: **Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert.**

Es wurde dann über den Ablauf des Parteitages gesprochen. Wir haben zwei Schwerpunkte: im Mittelpunkt des ersten Tages wird die Rede von Helmut Kohl stehen, in der der Bundeskanzler seine politischen Perspektiven für die Regierungszeit der Jahre 1998 bis 2002 darlegt und die wir in der Partei breit diskutieren werden. Ich werde dann einen Bericht geben zum Bundestagswahlkampf, der ja nun unmittelbar bevorsteht. Nach der Rede des Vorsitzenden und nach meinem Bericht zum Wahlkampf haben wir zwei Themen, denen wir uns besonders widmen wollen. Das eine ist unsere Politik für eine gute Zukunft in den neuen Ländern. Wir wollen uns ganz bewußt mit dem Aufbau Ost und seiner weiteren Entwicklung beschäftigen. Ich will heute schon sagen, daß bereits im Mai erkennbar sein wird, daß wir bei dem wichtigsten Thema in den neuen Ländern, nämlich der Entwicklung des Arbeitsmarktes, in diesem Jahr eine Trendwende erleben werden.

Wir wollen uns politisch damit beschäftigen, wie wir diese Trendwende verstärken können, um mehr Beschäftigung und eine Stärkung der wirtschaftlichen Kraft in den neuen Ländern zu erreichen.

Zweiter Schwerpunkt wird das Thema **„Innere Sicherheit in Deutschland“** sein. Aus früheren Konferenzen ist bekannt, daß das ein Schwerpunktthema unseres Wahlkampfes ist. Am Abend wird dann noch als Gastredner der Vorsitzende der CSU, Theo Waigel, zu uns sprechen.

Der zweite Tag steht ganz im Zeichen des Zukunftsprogramms. Er wird eingeleitet durch eine Rede von Wolfgang Schäuble, dem Vorsitzenden der Zukunftsprogramm-Kommission, der das Programm vorstellen wird. Anschließend werden wir die zentralen Themen des Programms und seiner Hauptabschnitte diskutieren, beraten und verabschieden. Dafür steht der ganze zweite Tag des Parteitags zur Verfügung.

Pressestimmen

Der Brüsseler Kompromiß zur Besetzung der Europäischen Zentralbank (EZB) stärkt nach Ansicht des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Strauss-Kahn die Glaubwürdigkeit der künftigen Bank. „Das Ergebnis, das wir nun haben, gewährt die Stabilität nicht nur für acht, sondern für zwölf Jahre", sagte er in RTL.

*

Der frühere Präsident der EU-Kommission, Delors, hat die Einigung über die ersten beiden Präsidenten der EZB als „vernünftigen Kompromiß" bezeichnet. Beim Euro-Sondergipfel in Brüssel habe Frankreich als eines der wichtigsten europäischen Länder zu Recht seine Interessen geltend gemacht, sagte er in EUROPE 1. In dem Interview nahm Delors zugleich Bundeskanzler Helmut Kohl gegen Kritik in Schutz. „Es ist nicht gerecht, daß man ihn nun im eigenen Lager kritisiert", sagte er. „Eigentlich müßten die Deutschen aufs neue eine große Bewunderung für diesen großen Kanzler empfinden".

*

. . . Europa hat eine wichtige Seite seiner Geschichte umgeblättert, und das ist nicht nur Gerede, sondern eine Tatsache. Die Einheitswährung ist geboren, und das für elf äußerst unterschiedliche Länder von Finnland über Irland, Italien bis Portugal. Der EURO wird für 290 Mio. Menschen gelten, und weitere werden dazukommen . . . Allein das macht deutlich, welches Ausmaß die gesamte Operation hat. Zu wünschen bleibt jetzt, daß man künftig in einer gleichmäßigen Entwicklung vorangeht ohne geschönte Bilanzen und Inflation.

Ital. Rf. RAI-TV UNO

*

Was eigentlich unterscheidet Jacques Chirac Pochen auf egoistischen französischen Interessen von Edmud Stoibers Eintreten für Bayerns Sonderbelange? Oder von Kurt Biedenkopfs Privatfeldzügen für Sachsen, gegen Kohl und gegen Europa? Oder was die Nacht von Brüssel mit den Anläufen zur großen Steuerreform in Deutschland? Nur dies: Oskar Lafontaine hat sich für Blockade statt Kompromiß entschieden. Aber nicht, weil er sich von übergeordneten Interessen leiten ließ, wie man das im europäischen Fall offenbar von Chirac erwartet hätte oder vom Niederländer Kok – vier Tage vor der Wahl, die über sein politisches Überleben entscheidet. Aus Machtkalkül hat Lafontaine die Steuerreform, die alle maßgeblichen Kräfte in Deutschland für überfällig halten, verhindert. Hätte Helmut Kohl auch stur bleiben, den Gipfel notfalls platzen lassen sollen? Das wäre ein Signal des europäischen Scheiterns gewesen, darauf hätten die internationalen Finanzmärkte wohl tatsächlich reagiert. Den Kompromiß von Brüssel akzeptierten sie dagegen, sahen darin keine Stabilitätsgefahr. Der Dollar fiel sogar, die europäischen Leitwährungen konnten sich gut behaupten.

Tagesspiegel, 4. 5. 98

DGB spart bei seinen Mitarbeitern aber „spendiert" acht Millionen DM für rot-grüne Wahlkampfhilfe

Führende Repräsentanten der deutschen Gewerkschaften haben mit ihren Äußerungen offen und ohne jede Hemmung für Rot-Grün Partei ergriffen. Sie haben den 1. Mai dazu mißbraucht, Wahlkampf zu treiben, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl zu Äußerungen führender Repräsentanten der deutschen Gewerkschaften am 1. Mai 1998

Diese offene Parteinahme ist Verrat am Prinzip der Einheitsgewerkschaft, das in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich zum sozialen Frieden und zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat.

Zu diesem Erfolg haben Millionen von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern durch ihr verantwortungsbewußtes Handeln beigetragen, das in deutlichem Gegensatz zu aktuellen Äußerungen ihrer Spitzenvertreter steht.

Für seine Kampagne wendet der Deutsche Gewerkschaftsbund acht Millionen DM auf. Ein solcher Wahlkampfbeitrag übersteigt nicht nur jedes dagewesene Maß, er bedeutet auch eine Veruntreuung von Mitgliedsbeiträgen. Dies ist um so verwerflicher, als der DGB zugleich ohne Rücksicht auf seine eigene Verantwortung als Arbeitgeber die Zahl seiner Mitarbeiter ständig abbaut und ihnen nur geringe Lohnzuwächse gewährt.

Angesichts ihrer Äußerungen und Verhaltensweisen können führende Repräsentanten der deutschen Gewerkschaften nicht mehr glaubhaft für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Interessen der Arbeitslosen vertreten. Sie haben ihrer eigenen Sache und unserer politischen Kultur schweren Schaden zugefügt.

● Die von mir geführte Bundesregierung hält unbeirrt an ihrem Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung fest. Unsere Reformen greifen, der Erfolg unserer Arbeit wird in diesen Tagen sichtbar:

● **Der Aufschwung ist da, die Zahl der Einstellungen in den Betrieben nimmt deutlich zu, die Zahl der Arbeitslosen sinkt.**

Risters Einstieg gründlich mißlungen

In einem Interview im Hessischen Rundfunk hat der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Walter Riester angekündigt, er werde sich als Arbeitsminister in einer SPD-geführten Bundesregierung für neue Möglichkeiten zur Frühverrentung einsetzen. So wolle er vor allem neue Stellen für junge Arbeitslose schaffen. Mit diesem Vorschlag hat sich der Möchtegern-Arbeitsminister schon jetzt selbst disqualifiziert, denn es war richtig und dringend notwendig, den Trend zur Frühverrentung zu stoppen. Entgegen dem Willen des Gesetzgebers wurde dieses Instrument in den vergangenen Jahren zunehmend in der Praxis dazu genutzt, ältere Beschäftigte vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand zu versetzen, um auf Kosten der Solidargemeinschaft durch Personalabbau und Verjüngung der Belegschaft den Betrieb zu rationalisieren.

DGB spricht wider besseren Wissens vom „Abriß unseres Sozialstaates“

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärt zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung: Die Parolen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom „Abriß“ unseres Sozialstaates und der Gefährdung des sozialen Friedens in unserem Land entbehren jeder sachlichen Grundlage. Solche Behauptungen schüren unverantwortlich die Ängste der Bevölkerung. Wir kommen nur weiter, wenn wir die Realitäten in unserem Land nicht verzerrt darstellen, sondern uns an die Tatsachen halten.

Zu diesen Tatsachen gehört, daß wir ein weltweit vorbildliches Niveau der sozialen Sicherung haben. Fast jede dritte in Deutschland erwirtschaftete Mark wird für soziale Leistungen ausgegeben. Auch im internationalen Vergleich gibt Deutschland mit am meisten für die soziale Sicherung aus. Die Bundesregierung räumt auch in Zukunft der sozialen Absicherung der deutschen Bevölkerung höchste Priorität ein.

Umbau – nicht Abbau

Alle großen sozialpolitischen Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind von der CDU durchgesetzt worden – angefangen von der großen Rentenreform unter Konrad Adenauer, der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub bis hin zur Altersteilzeit und der Förderung der Vermögensbildung.

Daß es um einen Umbau und nicht Abbau des Sozialstaates geht, haben wir nicht zuletzt mit der Einführung der Pflegeversicherung bewiesen. Damit hat die Bundesregierung die letzte Lücke in unserem Sozialversicherungssystem geschlossen. 1,7 Mio. Pflegebedürftige haben Nutzen davon – Menschen, die zu den Schwächsten der Gesellschaft gehören und die unserer ganzen Hilfe bedürfen.

Erste positive Signale

Die größte soziale Ungerechtigkeit ist es, wenn Menschen, die arbeiten wollen, keine Arbeit finden. Deswegen ist sozial, was Beschäftigung schafft. Die Bundesregierung hat deshalb eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung von mehr Wachstum und Beschäftigung durchgesetzt. Unsere Reformpolitik trägt erste Früchte. Die deutsche Wirtschaft ist wieder wettbewerbsfähiger geworden und hat im vergangenen Jahr erstmals seit vielen Jahren wieder Weltmarktanteile hinzugewonnen. Die Signale am Arbeitsmarkt sind wieder positiv. Unternehmen stellen wieder mehr Arbeitskräfte ein.

40 Mrd. für aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung flankiert diesen Prozeß und stellt in diesem Jahr mit 40 Mrd. DM für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik drei Mrd. DM mehr als 1997 zur Verfügung. Im Westen Deutschlands lag die Arbeitslosigkeit in den ersten Monaten des Jahres 1998 bereits niedriger als im Vergleich zum Vorjahr. Ende 1998 wird die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland spürbar niedriger sein als Ende 1997. Die sehr positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt werden sich in den nächsten Monaten fortsetzen.

Wolfgang Schäuble:

Mehr Produktivvermögen für Arbeitnehmer

Bundestag beschließt Gesetz auf Initiative von CDU, CSU und FDP

Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative und mit der Mehrheit der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP am 30. April das Gesetz zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen verabschiedet. Worum geht es?

Individuelles Eigentum ist wesentliche Grundlage persönlicher Freiheit und Vorsorge. Es ist damit eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich verknüpft. Eine breite Streuung des Eigentums, vorrangig beim Wohneigentum und beim Produktivvermögen, festigt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen führt zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung in Deutschland, ermöglicht den Arbeitnehmern einen zusätzlichen Weg zu größerem Wohlstand und (Alters-)Vorsorge und eröffnet den Unternehmen weitere Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung. Deshalb ist die Förderung und der Ausbau von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand gesellschaftspolitisch erwünscht und wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Unser Gesetz sieht vor, die für die Förderung relevanten Einkommensgrenzen von derzeit 27.000 / 54.000 DM für Alleinstehende / Verheiratete auf 35.000 / 70.000 DM anzuheben. Diese Grenzen des zu versteuernden Einkommens gelten für alle geförderten Anlageformen des Gesetzes. Beteiligungen am Produktivvermögen werden in der Zukunft besonders gefördert: Zusätzlich zum bestehenden Förderhöchstbetrag von 936 DM, der zukünftig für das Bausparen reserviert wird, gibt es ab dem 1. Januar 1999 einen zusätzlichen Förderkorb für Beteiligungen am Produktivvermögen in Höhe von jährlich 800 DM. Für die neuen Bundesländer beträgt der Förderhöchstbetrag bis zum Jahr 2004 1.000 DM. Der Förderhöchstsatz für inner- und außerbetriebliche Beteiligung am Produktivkapital wird auf 20 % festgesetzt.

Damit geben wir den Arbeitnehmern einen besonderen Anreiz, sich am Produktivvermögen zu beteiligen, ohne andere Formen der Vermögensbildung wie das Bausparen einzuschränken. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und damit an den Erträgen und Wertsteigerungen der Unternehmen fördert die nach wie vor notwendige Zurückhaltung bei der zukünftigen Tariflohngestaltung, verringert die Eigenkapitalschwäche vieler Unternehmen und stärkt das Interesse des einzelnen Mitarbeiters an der Entwicklung seines Unternehmens.

Mit diesen beschlossenen Neuregelungen haben wir nicht nur einen weiteren Punkt unserer Koalitionsvereinbarung, sondern auch eine nahezu klassische Forderung Sozialer Marktwirtschaft erfüllt. Dieser Durchbruch zu einer „Gesellschaft der Teilhaber", die schon Ludwig Erhard als zentrales Ziel der Sozialen Marktwirtschaft gekennzeichnet hat, widerlegt einmal mehr die Legende vom Stillstand und vom Reformstau. Die Reformpolitik der Regierungskoalition verbindet die Festigung sozialer Sicherheit mit neuen Chancen und Impulsen für die Wirtschaft.

Norbert Blüm:

Der Aufschwung ist endlich am Arbeitsmarkt angekommen

Der Aufschwung ist endlich am Arbeitsmarkt angekommen. Täglich melden Firmen Neueinstellungen. Auch im April durfte die Zahl der Beschäftigten stark gestiegen und die der Arbeitslosen erheblich gesunken sein. Wir kommen voran im Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

Der Aufschwung ist nicht vom Himmel gefallen. Er ist die Frucht intensiver Anstrengungen und harter Arbeit von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung. Die zum Teil schmerzhaften, aber notwendigen Reformen zeigen Wirkung. Die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern nicht leichtgefallen ist, zahlt sich jetzt in steigender Beschäftigung aus. Es gibt bei den Gewerkschaften mehr Bereitschaft zur Kooperation und Zusammenarbeit als manch markige Wahlkampfrede von DGB-Spitzenfunktionären vermuten läßt.

Alterteilzeit – ein Renner

Das beste Beispiel dafür ist die Nutzung des Altersteilzeitgesetzes. Tarifverträge zur Altersteilzeit sind geradezu zum Renner in der Tariflandschaft geworden. Über 100 Tarifverträge regeln inzwischen den sozialverträglichen Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand, ohne daß dies zu Lasten der Sozialversicherung geht. Auch beim nationalen Aktionsplan gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit haben sich Sozialpartner und Regierung auf eine Fülle gemeinsamer Initiativen verständigt. So wird das Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit um weitere zwei Jahre verlängert, werden spezielle Bildungsangebote für benachteiligte und weniger qualifizierte Jugendliche angeboten, die der Bund mit 40 Millionen DM fördert.

Der DGB schadet sich selbst

Daß die Gewerkschaften Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit haben, daran muß gerade am 1. Mai erinnert werden. Auf ihren Kundgebungen haben sie darüber kaum ein Wort verloren, sondern sie wie Betriebsgeheimnisse unter Datenschutz gestellt. Schließlich wollten sie diesen Tag zur Wahlkampfunterstützung für die SPD umfunktionieren. Das verletzt nicht nur den Gedanken der Einheitsgewerkschaft, das schadet auch ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit. Mit den acht Millionen DM, die der DGB für die SPD-Wahlkampagne ausgeben will, hätte er besser den Abbau der betrieblichen Altersversorgung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stoppen oder für die Ausbildung von Lehrlingen bereitstellen sollen. Mit acht Millionen DM könnten 347 Lehrlinge ein Jahr ausgebildet werden oder 115 Lehrlinge drei Jahre.

Wenn sich der DGB im Wahlkampf zum Transmissionsriemen der SPD degradieren läßt, ist das eine Beleidigung für seine Mitglieder. Die brauchen keinen Vormund für ihre Wahlentscheidung. Arbeitnehmer sind mündige Bürger. Sie wissen besser als ihre Funktionäre, wem sie die Zukunft Deutschlands anvertrauen wollen.

Die Trendwende ist in Sicht
Neue Arbeitsplätze für Deutschland

In Deutschland sind derzeit mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitsmarktdaten zeigen heute eine Stabilisierung und die Chance zur Trendwende für die alten Bundesländer. Gleichzeitig wächst die Wirtschaft in Deutschland derzeit nach der neuesten OECD-Prognose stärker als in vielen anderen Industriestaaten. Dieses Wirtschaftswachstum, das von günstigen Rahmenbedingungen wie niedrigen Zinsen und stabilen Preisen begleitet wird, setzt sich jedoch noch nicht genügend in neue Arbeitsplätze um.

Das hohe Wachstum zeigt, daß die Konjunkturkrise der deutschen Wirtschaft überwunden ist. Die hohe Arbeitslosigkeit hat ihre Ursache daher zum einen in strukturellen Veränderungen. Zum anderen hat sie ihre Ursache in der wachsenden Nachfrage von Menschen nach Erwerbsarbeit – in der heute deutlich höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen, in der hohen Anzahl Zuwanderungen und in den neuen Bundesländern in der insgesamt höheren Nachfrage nach Erwerbsarbeit.

Die hohe Zahl der Arbeitsvermittlungen und des Zugangs an offenen Stellen zeigen, daß die Zahl der Arbeitslosen keine statische Größe ist. Der Arbeitsmarkt ist vielmehr durch ein hohes Maß an Mobilität und Bewegung gekennzeichnet. Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert, durch gezielte Maßnahmen zu einer schnellen Vermittlung arbeitsuchender Menschen zu kommen und damit die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zu verkürzen. Dabei sollte die Bundesanstalt für Arbeit ihr Personal für vermittelnde Tätigkeiten verstärken und sich gegebenenfalls für eine unkonventionelle Zusammenarbeit mit Dritten öffnen.

In den Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen und die durch eine hohe Produktivität gekennzeichnet sind, ist die Beschäftigungsbilanz verglichen mit allen anderen OECD-Staaten – insbesondere auch mit den USA – ausgesprochen positiv. Erheblich weniger Erwerbstätige zählt im internationalen Vergleich dagegen der niedrig produktive und damit zumeist auch niedrig bezahlte Bereich. Dies betrifft vor allem auch Branchen, deren Schwerpunkt der Binnenabsatzmarkt ist.

Den Beschluß „Neue Arbeitsplätze für Deutschland" erläuterte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz, MdL, in Bonn.

Der Stellenabbau in Deutschland betrifft hauptsächlich die industrielle Produktion und hier vor allem Bereiche, die im direkten Wettbewerb mit den Billiganbietern aus den mittel- und südosteuropäischen Staaten und aus Asien stehen. Zugleich sind die Chancen, die für neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich bestehen, bis heute noch nicht genügend genutzt. Dies betrifft sowohl die personenbezogenen – „einfachen" – Dienstleistungen als auch qualitative Dienstleistungen und den Dienstleistungsexport.

Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur, daß die materielle Situation der Menschen ver-

ändert wird. Arbeitslosigkeit verändert auch die persönliche Situation und zerstört das gesellschaftliche Gleichgewicht. Für die CDU ist daher die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus ihrem Verständnis und aus ihrem Menschenbild die zentrale Aufgabe.

1. Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe sind notwendige unterstützende Transfereinkommen. Sie bieten aber arbeitslosen Menschen keine dauerhafte Perspektive. Die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Beschäftigungsförderung unterstützt daher die Bemühungen, Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfebezieher in Arbeit zu bringen.

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert daher **die Kommunen auf, ihre Bemühungen zu verstärken, Sozialhilfeempfänger in Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.** Dabei sollen die Kommunen auch auf private Vermittlungen, die sich auf besondere Problemgruppen spezialisiert haben, zurückgreifen.

Unter 25jährigen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern soll grundsätzlich – statt des „arbeitslosen Einkommens" Sozialhilfe – Arbeit und Qualifikation angeboten werden. Diese Angebote können auch in Form eines Praktikums mit entsprechender – sozialversicherungspflichtiger – Vergütung erfolgen. Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger, die diese Angebote nicht annehmen, stellen ihren Unterstützungsanspruch selbst in Frage.

2. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind jeweils unterschiedliche steuerfinanzierte Unterstützungssysteme für Menschen, die sich in der gleichen Problemlage befinden. Dies führt dazu, daß Antragsteller unter Umständen an verschiedenen Stellen Unterstützung beantragen müssen; gleichzeitig entsteht eine verwaltungsmäßig erhebliche Doppelbelastung der betroffenen Ämter.

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert daher, **die Anspruchsgrundlagen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu harmonisieren und künftig dann durch eine Stelle auszuzahlen.**

Es gibt eine Fülle von Einmal- und Kannleistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe, die Hilfeempfänger in eine unwürdige Bittstellerposition zwingen und zu einem hohen bürokratischen Aufwand führen. Es ist ein Gebot sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft, die Einmal- und Kannleistungen in der Sozialhilfe pauschal – mit einem entsprechendem Ermessensspielraum – abzugelten.

3. Um weitere Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu schaffen, fordert der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik die Erprobung neuer Wege. Zu diesen neuen Wegen, die nach Auffassung des Bundesfachausschusses erprobt werden sollen, gehört zum einen die Ergänzung von Arbeitseinkommen durch **Transfereinkommen im Sinne des Kombi-Lohn-Modells**. So kann die Arbeitslosigkeit von beruflich nicht oder nur wenig qualifizierten Arbeitnehmern durch marktgerechte Entlohnung in Kombination mit staatlichen Transferleistungen bekämpft werden. Allerdings dürfen sich diese Maßnahmen nur auf die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder beziehen und nicht auf die Subventionierung bestehender Billigarbeitsplätze. Das Kombi-Lohn-Modell bietet die Chance, Tätigkeiten, die bisher vorwiegend aus Preisgründen in Schwarzabeit erbracht wurden, zu legalisieren.

Eine zweite Möglichkeit, die ebenfalls erprobt werden sollte, sieht der Bundesfach-

ausschuß in einer **kräftigen Verringerung des Abstands zwischen Brutto- und Nettoeinkommen für einfache Dienstleistungen durch eine steuerliche Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge und eine nachhaltige Absenkung des Eingangssteuersatzes.**

4. Den Tarifpartnern kommt eine besondere Aufgabe bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat in seiner Studie errechnet, daß eine längerfristige zurückhaltende Tarifpolitik bei den Löhnen zu erheblichen Beschäftigungswirkungen führen kann. Die Erfahrungen aus den Niederlanden belegen, daß erst zehn Jahre nach dem Abschluß des Wassenaarer Abkommens, das einen dauerhaft moderateren Lohnanstieg vorsah, durchgreifende Beschäftigungserfolge erreicht wurden. Der Bundesfachauschuß Gesellschaftspolitik fordert daher die **Tarifpartner auf, den Anstieg der Löhne auch weiterhin unter dem Produktionsfortschritt zu halten.**

Um die Arbeitnehmer trotzdem angemessen und gerecht an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen, ist ihre Beteiligung am Produktivvermögen dringend notwendig. **Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert Bundestag und Bundesrat auf, die laufenden Beratungen zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für den Investivlohn erfolgreich abzuschließen. Wir appellieren ebenso an die Tarifparteien, den gesetzlichen Rahmen für Investivlöhne auf breiter Front zu nutzen.**

5. Auch eine intelligente Organisation der Arbeitszeit ist für eine durchgreifende Verbesserung des Arbeitsmarktes notwendig. So zeigen mehr als 1,8 Milliarden Überstunden, daß in Deutschland auch zu legalen Bedingungen eine hohe Nachfrage an Arbeitskräften besteht.

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert die Tarifpartner und insbesondere auch die Betriebsräte und Unternehmensleitungen auf, **Überstunden, so weit es betriebliche Erfordernisse ermöglichen, abzubauen.** Um Mehrarbeit durch Neueinstellungen statt Überstunden erbringen zu lassen, bietet das neue Arbeitsrecht verbesserte Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung.

6. Zahlreiche Vollzeitbeschäftigte streben eine Teilzeitbeschäftigung an. Das Beispiel anderer Länder zeigt, daß mit einer Erhöhung der Teilzeitquote, erhebliche arbeitsmarktpolitische Erfolge erzielt werden können. Die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Altersteilzeit sollten auch von kleineren und mittleren Betrieben genutzt werden. Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik tritt dafür ein, **sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung deutlich auszubauen.** Dazu soll für vollzeitbeschäftigte Eltern mit Kindern unter 12 Jahren ein **Anspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz eingeführt werden.**

7. Vor allem auch den Bundesländern kommt eine erhebliche Verantwortung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Es ist offensichtlich, daß auch die Länderpolitik einen erheblichen Einfluß auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt hat: In den Unionsgeführten Bundesländern ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in den SPD-geführten Ländern. Das Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer.

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert die Bundesländer auf, ihre Investitionen in Bildung, Verkehr und Infrastruktur deutlich zu verstärken.

8. Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland werden durch die derzeit hohe Arbeitslosigkeit erheblich belastet. Gleichzeitig findet eine Aushöhlung der Sozialversicherungen durch zunehmende Scheinselbständigkeit und den Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse statt. Dies führt zu einer erheblichen finanziellen Belastung, die sich wiederum auf die Kosten der Arbeit negativ auswirkt und damit auch bestehende Beschäftigungsverhältnisse gefährdet.

Für die Sozialversicherungen muß der gleiche Grundsatz wie bei der Steuerreform gelten: Niedrige Sätze gehen einher mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik spricht sich dafür aus, **Scheinselbständige in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen.** Darüber hinaus sind in einem ersten Schritt **geringfügige Nebenbeschäftigungsverhältnisse** in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen. Darüber hinaus spricht sich der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik nachdrücklich für die Forderung aus dem Grundsatzprogramm der CDU aus, daß grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht einbezogen werden.

9. In privaten Haushalten bestehen große Beschäftigungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist es, das Beschäftigungsfeld Privathaushalt zu erschließen und Anreize für die Schaffung neuer sozial abgesicherter Arbeitsplätze für Haushaltskräfte zu geben und so vor allem auch dem Mißbrauch und der Schwarzarbeit in diesem Bereich zu begegnen.

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert über die geltenden steuerlichen Regelungen hinaus, den **Sonderausgabenabzug für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse dahingehend auszuweiten, daß er auch dann von den privaten Haushalten in Anspruch genommen werden kann, wenn die Haushaltskraft über ein Dienstleistungszentrum beschäftigt wird.**

10. Eine deutliche Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland. Nach den in dieser Legislaturperiode durchgeführten Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung muß in der kommenden Legislaturperiode der bereits mit der Rentenreform begonnene Weg, nicht-beitragsgedeckte oder versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren, auch auf andere Sozialversicherungszweige übertragen werden. Dies kann beispielsweise für Fortbildung und Umschulung gelten, die in der Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit liegen.

11. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme hat sich bewährt. Daran halten wir fest. Sie ist Ausdruck der sozialen Verantwortung und Grundlage für die Selbstverwaltung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben somit auch ein Interesse am sparsamen Umgang mit den Beitragsmitteln.

12. Mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung und dem neuen Arbeitsförderungsrecht hat die CDU-geführte Bundesregierung – vor allem auch auf Wunsch der Unternehmen – zahlreiche Maßnahmen zur Kostenentlastung der Betriebe und zur erleichterten Einstellung von Arbeitslosen beschlossen. Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert die **Arbeitgeber auf, diese verbesserten Rahmenbedingungen zu nutzen und in neue Beschäftigung umzusetzen.** Dies betrifft insbesondere den Eingliederungsvertrag für Langzeitarbeitslose und die

Norbert Blüm:

Land braucht vorbildliche Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen

„Das Land braucht vorbildliche Unternehmen." Mit diesen Worten begrüßte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Norbert Blüm, die Initiative der Evangelischen Kirche im Rheinland, Unternehmen mit einem Gütesiegel auszuzeichnen, die Arbeitsplätze schaffen.

Es sei keine Erfolgsmeldung und spreche nicht für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, wenn sie in einem Atemzug Gewinne in Milliardenhöhe bekanntgeben und gleichzeitig den Abbau weiterer Arbeitsplätze ankündigten, sagte Blüm. „Eine Erfolgsmeldung ist es, wenn Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Solche Firmen gibt es Gott sei Dank auch noch in unserem Land. Diese müssen wir ermutigen und bekanntmachen. Ich unterstütze deshalb den Vorschlag der Evangelischen Kirche, diesen Firmen ein Gütesiegel zu verleihen, das zu einem positiven Wettbewerbselement werden sollte."

Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung.

13. Ein entscheidendes Element zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen in Deutschland ist die große Steuerreform. Niedrige Steuersätze und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Wegfall der Ausnahmen und Vergünstigungen) unterstützen nicht nur die Investitionen der Unternehmen, sondern sorgen vor allem auch für mehr steuerliche und damit auch für mehr soziale Gerechtigkeit. Im Interesse der arbeitslosen Menschen **fordert der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik die SPD auf, ihre unverantwortliche Blockade der Steuerreform aufzugeben.**

14. In der globalisierten Wirtschaft stehen nicht nur die Unternehmen in der direkten Konkurrenz zueinander, sondern auch staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. In einer enger zusammenwachsenden Wirtschaft brauchen wir ein Denken in größeren Wirtschaftsräumen. Es gilt gleichzeitig, die Auseinandersetzung mit rein marktwirtschaftlichen Systemen zu bestehen und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Europa weiter zu entwickeln und auf eine breite Basis zu stellen.

Der EURO ist Europas Antwort auf das Phänomen der Globalisierung. Die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung wird aber nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken der Mitgliedsländer aufeinander abgestimmt sind. **Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik bekennt sich zur Europäischen Union als Solidargemeinschaft**. Solidarität bedeutet, den weniger entwickelten Mitgliedstaaten dabei zu helfen, ihre eigene Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. **Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik fordert, den Ansatz zur Entwicklung sozialer Mindeststandards weiterzuverfolgen und die nationalen Beschäftigungspolitiken zu koordinieren.**

Argumente

Die Folgen eines Ausstiegs aus der Atomenergie

DIE ROT-GRÜNE -AUSSTIEGSPOLITIK

- gefährdet mehr als 40.000 Arbeitsplätze.
- Deutschland würde den Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards verlieren und damit auf Maßnahmen zum Schutz unserer eigenen Bevölkerung.
- Unsere Klimaschutzpolitik nähme Schaden; denn der Betrieb allein deutscher Kernkraftwerke hat im vergangenen Jahr den Ausstoß von 170 Millionen Tonnen CO_2 verhindert.

Besonders dramatische Folgen hätte der Atomausstieg für unsere Volkswirtschaft:

- Bei dem von den Grünen geforderten Sofortausstieg müßten dreistellige Milliardenbeträge in den Neubau alternativer Kraftwerke investiert werden. Schätzungen gehen von bis zu 330 Milliarden Mark aus.
- Träger dieser Kosten: die Stromverbraucher - Privatkunden und Unternehmen.
- Schon heute hat die rot-grüne Atomausstiegspolitik in den Bundesländern zu Milliardenkosten und zum Abbau von Tausenden hochqualifizierter Arbeitsplätze geführt. Rund 20 Milliarden Mark mußten dafür weitgehend vom Steuerzahler aufgebracht werden.

Besonders markant sind folgende Beispiele:

■ SCHNELLER BRÜTER IN KALKAR UND HOCHTEMPE-RATURREAKTOR IN HAMM-UENTROP

1986 war der Schnelle Brüter in Kalkar betriebsbereit. Doch die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung verweigerte die letzten Teilgenehmigungen. 1991 wurde das 7,3-Milliarden-Mark-Projekt endgültig aufgegeben. Beriets 1988 war die SPD-Landesregierung aus dem Projekt Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop ausgestiegen. Viele Experten hatten es für eine besonders sichere und zukunftsträchtige Form der Kernenergienutzung gehalten. Rund vier Milliarden Mark flossen in das Projekt und waren mit dem Aus vergeudet.

■ MOX-BRENNELEMENTE-WERK HANAU

Hessens damaliger Umweltminister "Joschka" Fischer legte 1991 die Mischoxydbrennelemente (MOX) Anlage der Siemens AG in Hanau still. Im April 1994 zog Siemens mit der

Aufgabe der Altanlage endgültig die Konsequenzen aus der hessischen Ausstiegspolitik. Die rot-grüne Landesregierung verhinderte unmittelbar darauf auch die Inbetriebnahme der Neuanlage: mit der sechsfachen Kapazität eine der modernsten Anlagen der Welt. Mehr als 1,1 Milliarden Mark an Investitionen und rund 2.000 Arbeitsplätze gingen endgültig verloren.

VERZÖGERUNG UND STILLSTAND BEI DEN ENDLAGERN GORLEBEN UND KONRAD

Bisher wurden in die niedersächsischen Endlagerprojekte Grube Konrad und Gorleben rund 2,5 Milliarden Mark investiert. An ihrer Eignung besteht derzeit kein begründeter Zweifel. Trotzdem blockiert die niedersächsische Landesregierung die Projekte seit den 80er Jahren immer wieder. Zur Zeit müssen deshalb rund 60.000 Tonnen schwachradioaktiver Abfälle weitgehend oberirdisch gelagert werden. Es besteht die Gefahr, daß die genannten Investitionen verlorengehen. Neue Standorte können nur mit erheblichem Zusatzaufwand untersucht werden. Außerdem wären Atommüllexporte in weit unsicherere Lagerstätten außerhalb Deutschlands und Europas unvermeidlich. SPD und Grüne hätten die damit verbundenen Gefährdungen zu verantworten.

Außerdem: In ihrem Bundestagswahlprogramm ´98 planen die grünen Energiewende ins „Nirgendwo“

Neben die alte Forderung des „Sofortausstiegs aus der Atomenergie“ stellen die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogamm `98 die neue Forderung: Bis zum Jahr 2010 soll auch „der endgültige Ausstieg aus den Kohlesubventionen vollzogen sein“. „Neuaufschluß und Erweiterung naturzerstörender Braunkohletagebaue“ werden dementsprechend abgelehnt. Bei einem solchen gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernenergie müßten rund 85 Prozent der heutigen Stromversorgung in Deutschland eingestellt und innerhalb weniger Jahre durch regenerative Energien ersetzt werden.

Völlig unverantwortlich

ist, was der energiepolitische Teil des Grünen-Programms für die Handhabung der Entsorgung nuklearer Abfälle vorsieht: Wer „den Stop aller bisherigen sogenannten Endlagerprojekte wie in Morsleben, Gorleben oder Schacht Konrad“ fordert und gleichzeitig "für ein Exportverbot für Atommüll" eintritt, bleibt notwendigerweise die Antwort auf die Frage schuldig, wie er denn sonst atomare Abfälle dauerhaft und sicher entsorgen will.

Unsere Elektronischen Adressen:

- INTERNET http://www.cdu.de
- T-ONLINE *CDU#
- X 400 c= de; a = dbp; p = cdu; s = bund
- E-MAIL: post www.cdu.de

Was die Linken wirklich wollen

Die politischen Wunschvorstellungen von SPD, Grünen und PDS

Stichwort Vermögensteuer

SPD	GRÜNE	PDS
Die SPD spricht sich für die Einführung einer Mindestbesteuerung sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf hohe private Vermögen aus. (Bundestagswahlprogramm)	Die Grünen wollen die Vermögensteuer in Höhe von einem Prozent wieder einführen. Darüber hinaus wollen sie „Abgaben für Vermögen über zwei Millionen Mark (nach Abzug von Privatvermögen) nach einem progressiven Tarif bis zu 2,5% erheben. (Bundestagswahlprogramm)	Die PDS stellt gleich einen ganzen Katalog zusätzlicher Steuern und Abgaben auf: Sie fordert die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer bei veränderter Bemessungsgrundlage, die „Reform" der Erbschaftsteuer für „ca. 15 Milliarden DM Mehreinnahmen", eine „befristete Abgabe auf größere Geld- und Grundvermögen privater Haushalte" sowie eine „Vermögensabgabe für Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute". („Rostocker Manifest")

Der CDU hält die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf Privatvermögen für falsch. Sie würde die mit ihrem Wegfall verbundene Steuervereinfachung wieder zunichte machen. Das „private" Vermögen ist nur schwer abgrenzbar vom Betriebsvermögen. Die Konstruktion neuer Steuersparmodelle wäre vorprogrammiert. Der Nettoertrag wäre aufgrund der hohen Erhebungskosten gering. Als sogenannte „Millionärsabgabe" ausgestaltet, wäre sie verfassungsrechtlich bedenklich, deshalb wurde sie aus guten Gründen mit der Erbschaft- und Schenkungsteuer zusammengefaßt.

Energiewende ins „Nirgendwo“

Anläßlich des jetzt vorliegenden Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill:

Die jetzt auch in redaktionell überarbeiteter Fassung vorliegenden Forderungen des Grünen Bundestagswahlprogramms 1998 gefährden eine sinnvolle Verknüpfung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Unter dem Deckmantel grüner Umweltpolitik wird in Wirklichkeit eine radikale Umverteilungspolitik vorbereitet, die stark von planwirtschaftlichen Tendenzen geprägt ist.

Hiermit wird dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in unserem Lande ein Bärendienst erwiesen. Gerade die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen droht großen Schaden zu nehmen, da nur durch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sozial verantwortliches Handeln die Grundlagen zum verbesserten Schutz der Umwelt geschaffen werden können. Würde die einseitige Politik der Grünen in einem rot-grünem Regierungsbündnis umgesetzt, drohte der Standort Deutschland großen Schaden zu nehmen. Die Zeche müßten gerade Arbeitnehmer und Unternehmen zahlen. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wären unweigerlich verloren.

Im einzelnen sind folgende Programmpunkte der Grünen besonders zu kritisieren:

Maßloses Ökosteuer-Konzept schadet Standort Deutschland

Das maßlose und unausgewogene Ökosteuer-Konzept der Grünen schadet dem Standort Deutschland, indem es statt auf behutsame Signale auf die „Preiskeule“ drastische Mineralölsteuererhöhung sowie weitere Umweltabgaben im Energiebereich setzt. Neben der beinahe sprichwörtlichen „Zielgröße“ der Anhebung des Benzinpreises auf

Maßlose Forderungen der Grünen gefährden sinnvolle Verknüpfung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in Deutschland

5 DM pro Liter soll zusätzlich noch eine allgemeine Energiesteuer erhoben werden. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen sind ungewiß bis hochgradig gefährlich, da hierdurch sehr schnell dreistellige Milliardensummen in unserem Steuersystem umverteilt würden und neben einer Senkung der Lohnnebenkosten auch milliardenschwere Ausgabenprogramme im Energie- und Umweltbereich finanziert werden sollen. Hunderttausende von Arbeitsplätzen in besonders energieintensive Branchen drohten, durch diesen radikalen nationalen Alleingang der Grünen verlorenzugehen.

Ökodirigismus auch in der Umwelt- und Verkehrspolitik

Auch dem Abschnitt zur Umwelt- und Verkehrspolitik des Wahlprogramms liegt ein zutiefst dirigistisches und die Bürger bevormundendes Politikverständnis zugrunde.

Dies zeigt sich besonders in der Haltung zum Flugverkehr. So wollen die Grünen mit einer nationalen Kerosinsteuer und erhöhten emissionsbezogenen Landegebühren sowie einer Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen dem „umweltschädlichen Trend im Flugtourismus entgegenwirken„. Hochinnovative Technologien, wie der Transrapid, die zu einem wichtigen Exportschlager werden können, lehnt das Programm ebenfalls ab. Zugleich soll mit Tempolimits (Tempo 100 Autobahn, Tempo 80 Landstraße, Tempo 30 innerorts) der Kraftfahrzeugverkehr in unserem Land drastisch einschränkt und reglementiert werden.

Energiewende ins Nirgendwo

Völlig realitätsfremd wird das Programm der Grünen auch im energiepolitischen Teil. Neben der altbekannten Forderung des „Sofortausstiegs aus der Atomenergie„ soll bis zum Jahr 2010 der „endgültige Ausstieg aus den Kohlesubventionen vollzogen sein". Auch werden „Neuaufschluß und Erweiterung naturzerstörender Braunkohletagebaue„ abgelehnt. Hiermit fordern die Grünen die „Energiepolitische Wende ins Nirgendwo".

Bei gleichzeitigem Ausstieg aus Kohle und Kernenergie, müßten rund 85 Prozent der heutigen Stromversorgung in Deutschland eingestellt und durch regenerative Energien innerhalb weniger Jahre ersetzt werden. Dem Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch der Umsetzung unserer wichtigsten Klimaschutzziele, drohte das endgültige Aus. Allein für den sofortigen Ersatz unserer Kernkraftwerke müßten dreistellige Milliardensummen aufgewandt werden und jährlich würden zusätzlich rund 170 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO_2 ausgestoßen.Völlig unverantwortlich zeigt sich der energiepolitische Teil auch in der Handhabung der Entsorgung von nuklearen Abfällen. Wer „den Stop aller bisherigen sogenannten Endlagerprojekte, wie in Morsleben, Gorleben oder Schacht Konrad" fordert und gleichzeitig „für ein Exportverbot für Atommüll„ eintritt bleibt die Antwort auf die Frage in hohem Maße schuldig, wie er atomare Abfälle dauerhaft sicher entsorgen möchte.

Unverantwortliches auch in der Chemie- und Abfallpolitik

Auch in der Chemie- und Abfallpolitik strotzt das Wahlprogramm der Grünen von unverantwortlichen Forderungen. So soll das Kreislaufwirtschaftsgesetz und die Technische Anleitung-Siedlungsabfall mit dem Ziel die thermische Behandlung und Verwertung von Abfällen unmöglich zu machen, geändert werden. Hierdurch droht die Enstehung neuer Altlasten, die Bürger und Unternehmen dauerhaft belasten würden. Außerdem werden Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Chemieindustrie durch die Forderung der Grünen nach einem PVC-Verbot und eines „schrittweisen Ausstiegs aus der Chlorchemie„ bedroht. Gerade die chemische Industrie hat in denn vergangenen Jahren in den alten und insbesondere den neuen Bundesländern einen dramatischen Wandel hin zu weniger Energie- und Ressourcenverbrauch und größerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit vollzogen. All diese Erfolge wären auf das Äußerste gefährdet und es drohte das Aus für viele Chemiestandorte. Dies wäre ein Prozeß, der auch der Umwelt schadet, da dann Anlagen in Ländern entstehen würden, wo die Umweltauflagen weitaus geringer als in Deutschland sind.

Insgesamt stellt das Wahlprogramm der Grünen in seinem Umwelt- und Energieteil eine gefährliche Mischung von utopischen und maßlosen Forderungen dar, der eine dirigistischen Umverteilungspolitik zugrundeliegt, die den Dreiklang von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in Deutschland zerstören würde.

Autoindustrie will 10.000 neue Jobs schaffen

Die deutsche Automobilindustrie will in diesem Jahr mindestens 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Der Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie (CDA), Kunibert Schmidt, sagte im Saarländischen Rundfunk, im vergangenen Jahr seien bei Herstellern und Zulieferern 25.000 neue Stellen entstanden. Es sei davon auszugehen, daß „wir bis Ende dieses Jahres sicherlich mindestens 35.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Vergleich zu Ende 1996 geschaffen haben werden". Bereits in den ersten zwei Monaten dieses Jahres seien 7.000 und 8.000 Stellen hinzugekommen. „Der Automobilmarkt boomt", sagte Schmidt zur Begründung. Die Bestellungen seien mit nahezu 700.000 Stücke auf Rekordhöhe. Zudem laufe der Export weiter auf Hochtouren.

Weltweit erstes Auto mit Brennstoffzelle

Die Daimler-Benz AG will ab 2005 umweltfreundliche Autos mit Brennstoffzelle serienmäßig anbieten. Das kündigte Klaus-Dieter Vöhringer, Vorstandsmitglied des Stuttgarter Konzerns, bei der Jungfernfahrt des weltweit ersten Pkw mit Brennstoffzelle an. Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers nannte diese Technik die „umweltschonendste Neuentwicklung im Automobilbereich".

Der Daimler-Prototyp „Necar 3" soll mit einem vollen Tank 400 Kilometer weit fahren können. Rüttgers sagte, durch die neue Technik könne der Treibstoffverbrauch um 60 Prozent reduziert werden.

Die CO_2-Emissionen pro gefahrenem Kilometer würden um die Hälfte verringert. Kohlenmonoxid, Stickoxide, Schwefeldioxid und unverbrannte Kohlenwasserstoffe würden auf ein Hundertstel reduziert. Stickoxidemissionen beispielsweise sind für den Sommersmog in Großstädten verantwortlich.

„Schumi"und Wissmann werben für Verkehrssicherheit

Auf die schiefe Bahn begaben sich in Bonn Rennfahrer Michael Schumacher und Bundesverkehrsminister Wissmann - in einem Aufprallsimulator, der die Wirkung von Sicherheitsgurten bei 11 km/h demonstriert. Sie eröffneten die EU-Verkehrssicherheitsaktion „10 Sekunden, die ihr Leben retten können". Soviel Zeit sollen sich Autofahrer nehmen, um zu überprüfen, ob alle Mitfahrer angeschnallt sind.

Robustes Wachstum

Die westdeutsche Wirtschaft bleibt auf Erholungskurs. Der Handelsblatt-Frühindikator erreichte im Mai mit 2,6 % den - nach oben korrigierten – Stand des Vormonats. Damit bestätigt sich der Eindruck eines robusten Wachstums um

2,5 % in den alten Bundesländern. Dies gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Neuer Aufschwung, neue Arbeit!

Absender/Rechnungsanschrift:

LV/KV-Nr.

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Telefon-Nummer

Bertelsmann-Distribution
Herrn Simon
Postfach 1164
33759 Versmold

Telefax 0 54 23/4 15 21

Ja, ich bestelle:

..... Expl. **Zeitungsfaltblatt**
„Neuer Aufschwung, neue Arbeit"
Bestell-Nr.: **2403**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,– DM

..... Expl. **Poster DIN A1**
„Neuer Aufschwung, neue Arbeit"
Bestell-Nr.: **7397**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 30,– DM

..... Expl. **Poster DIN A0**
„Neuer Aufschwung, neue Arbeit"
Bestell-Nr.: **7398**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 60,– DM

Datum, Unterschrift

Poster DIN A0

„Neuer Aufschwung neue Arbeit"
Bestell-Nr.: **7398**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 60,– DM

Poster DIN A1

„Neuer Aufschwung, neue Arbeit"
Bestell-Nr.: **7397**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 30,– DM

Leitfaden,

Neuer Aufschwung neue Arbeit
Diese Broschüre kann in Einzelexemplaren kostenlos (solange Vorrat reicht) bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der FAX-Nr.: 02 28/5 44-4 82 angefordert werden.

Zeitungsfaltblatt

„Neuer Aufschwung, neue Arbeit"
Bestell-Nr.: **2403**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,– DM

Zeitungsfaltblatt „EURO-Aktuell"

Bestell-Nr.: **2364**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:
per Post:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21
E-Mail:
georg.simon@bertelsmann.de

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

15/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,– DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.